

### Kurswechsel in Europa

## Frankreich-Wahl macht Hoffnung

Der rigide Sparkurs vieler EU-Mitgliedstaaten verändert die politische Landschaft in Europa. Nicht nur in den Krisenländern zeigen die Menschen, dass sie nicht gewillt sind, die Folgen der Finanzkrise allein zu tragen – mit Demonstrationen, Streiks und bei Wahlen. „Die Wählerinnen und Wähler in Frankreich und Griechenland haben deutlich gemacht, dass sie einen Kurswechsel in Europa wollen“, erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Wie dieser Kurswechsel aussehen kann, hätten die Gewerkschaften in einem Vier-Punkte-Programm skizziert ([www.dgb.de/ly4d](http://www.dgb.de/ly4d)).

„Wir brauchen ein Wachstumspaket für Europa, eine Finanztransaktionssteuer und eine wirkliche Regulierung der Finanzmärkte. Die Regierungen dürfen sich nicht weiter von Spekulanten erpressen lassen“, sagt der DGB-Vorsitzende. Er hoffe darauf, dass die Bundeskanzlerin die Bedenken des neuen französischen Präsidenten François Hollande gegenüber dem Fiskalpakt ernst nimmt. Der Sozialist Hollande hatte erklärt, dass er den Fiskalpakt im Falle seiner Wahl neu



Foto: DGB/Martin Storz

Für gute Arbeit in Europa sind am 1. Mai bundesweit 419 000 Menschen auf die Straße gegangen. „In den TeilnehmerInnenzahlen spiegelt sich die Unzufriedenheit der Gewerkschaftsbewegung über die aktuelle Krisenpolitik der Bundesregierung und den rigiden Sparkurs in Europa wider“, erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und bedankt sich bei allen Beteiligten für den „gelungenen 1. Mai“.

verhandeln wolle. „Die Sparpolitik ist keine Unabwendbarkeit“, bekräftigte er nach der Wahl. „Meine Mission ist es, Europa eine neue Perspektive von Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand – kurz: Zukunft – zu geben.“

Annelie Buntenbach, im DGB-Vorstand für Europapolitik zuständig, ist überzeugt: Mit der Wahl Hollandes haben sich die Chancen auf einen Kurswechsel in Europa

verbessert. In der Geschichte der EU habe Frankreich schon mehr als einmal entscheidende Beiträge geleistet, um das soziale Europa voran zu bringen. Sie betont: „Jetzt kommt es darauf an, dass Hollande ein echtes Wachstumspaket schnüren und mit anderen Partnern durchsetzen kann.“ Das müsse mehr sein als die „Mogelpackung“, die EU-Kommission und Kanzlerin Merkel in Arbeit haben.

Es brauche einen Dreiklang aus Wachstum, Guter Arbeit und sozialer Gerechtigkeit, so Annelie Buntenbach. „Entscheidend ist, dass die Tarifautonomie in Europa besser geschützt, soziale Haltelinien eingezogen und die Lasten der Krise gerecht verteilt werden.“ Die europäischen Gewerkschaften seien weiterhin gefordert, gemeinsam mit Bündnispartnern aus Politik und Gesellschaft Druck für einen deutlichen Kurswechsel zu machen. ●

## plusminusBERLIN

**MdB Kai Gehring**  
(Bündnis 90/Die Grünen)  
fordert wegen der erwarteten hohen Studierendenzahl ein Nachjustieren des Hochschulpakts: Fehlende Studienplätze wären angesichts des Mangels an Fachkräften „unerträglich“.

**CDU-MdB Monika Grütters** hält den Hochschulpakt „gerade wegen seiner Flexibilität für ein erfolgreiches Modell“. Forderungen der Opposition wie die Neuregelung des Hochschulzugangs seien „Panikmache“.

**Seite 3**  
**Betriebliche Rente**  
Die EU-Kommission will neue Regeln für die betriebliche Altersversorgung. DGB und Gewerkschaften kritisieren das Vorhaben

**Seite 5**  
**Langzeitgedächtnis**  
Das DGB-Archiv in Bonn archiviert alle Dokumente, Broschüren und Fotos des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Nachwelt. einblick hat einen Blick hinter die Kulissen geworfen

**Seite 7**  
**Gesellschaft im Umbruch**  
Ein grundlegender Umbau des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ist machbar. Wie das gehen kann, erklärt der evangelische Sozialethiker Gerhard Wegner



### Der Surf-Tipp fürs Internet

[www.bit.ly/iilo\\_bericht2012](http://www.bit.ly/iilo_bericht2012)  
Der Weltarbeitsbericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zeigt: Die Lage auf den nationalen Arbeitsmärkten bleibt angespannt

### Hintergrund

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)  
WSI: Statistisches Taschenbuch Tarifpolitik 2012 zum Download

## Wahl in Schleswig-Holstein: CDU bei GewerkschafterInnen abgeschlagen

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 6. Mai 2012 (in Prozent)



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2012 / Landeswahlleiterin Saarland

### Gewerkschaftsmitglieder\*:

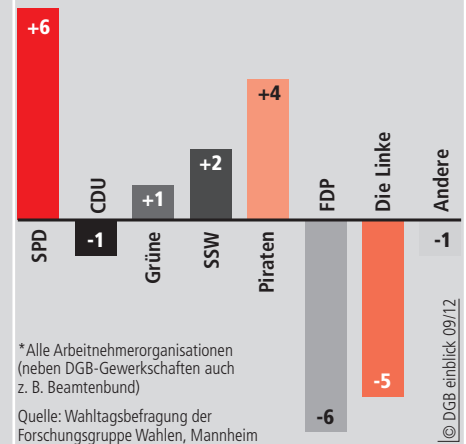


\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)  
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Mit 42 Prozent schneidet die SPD bei der Wahl in Schleswig-Holstein in der Gunst der gewerkschaftlich organisierten WählerInnen mehr als doppelt so gut ab wie die CDU (20%). Auf dem dritten Platz steht Bündnis 90 / Die Grünen mit 14 Prozent, gefolgt vom Südschleswigschen Wählerverband SSW mit acht Prozent und den Piraten mit sechs Prozent. Besonders hohe Verluste mussten die FDP mit einem Minus von sechs und die Linke mit einem Minus von fünf Prozentpunkten hinnehmen. Eine Koalition aus SPD, Grünen und SSW hätte vor allem unter den Gewerkschaftsfrauen eine große Mehrheit: Insgesamt 70 Prozent von ihnen gaben ihre Stimme einer der drei Parteien (SPD: 42%, Grüne: 19%, SSW: 9%) gegenüber 60 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Männer (SPD: 42%, Grüne: 11%, SSW: 7%).

## SPD legt am stärksten zu

Stimmen von Gewerkschaftsmitgliedern\* bei der Landtagswahl 2012 in Schleswig-Holstein – Veränderungen gegenüber 2009 (in Prozent)



\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)

Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

## Ausbildung

### Qualität anbieten

Zu einer guten Ausbildung gehören gute Ausbildungsbetriebe. Eine Expertise des DGB stellt diesen Zusammenhang anlässlich des Kabinettsbeschlusses zum Berufsbildungsbericht 2012 noch einmal klar. Im vergangenen Jahr blieben knapp 30 000 Stellen unbesetzt. Ausbildungswillige hätte es ausreichend gegeben, denn fast 78 000 junge Menschen waren auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Die Arbeitgeberseite klagt häufig über die fehlende Ausbildungsrei-

fe. Doch, so die Expertise, betrachtet man die Branchen genauer, in denen der größte Mangel an Auszubildenden herrscht, dann zeigt sich, dass gerade dort auch die Bezahlung schlecht ist, Überstunden zum Berufsalltag gehören und die meisten Abbrecher zu finden sind.

Bei Restaurantfachleuten, BäckerInnen oder KöchInnen liegt die Ausbildungsvergütung unter dem Durchschnitt, die Abbrecherquote ist mit über 40 Prozent extrem hoch. Während IndustriemechanikerInnen im Westen 865 Euro erhalten, müssen die künftigen Restaurantfachmänner und -frauen mit 625 Euro auskommen, BäckerInnen mit 500 Euro. Bestandene

Abschlussprüfungen sind ein weiterer Indikator für gute Ausbildung. Auch hier zeigt sich: In Branchen, in denen es viele unbesetzte Stellen gibt, ist auch die Misserfolgsquote hoch.

Für den jährlichen Ausbildungsreport der DGB-Jugend wurden die Auszubildenden auch zur Ausbildungsqualität befragt. Diese Aussagen bestätigen die Daten der Expertise: Schlechte Ausbilder, Überstunden und geringe Bezahlung monieren die Auszubildenden in den Problembranchen. Das Fazit des DGB: Wenn Betriebe ihre Stellen besetzen wollen, dann müssen sie ihre Ausbildungsbedingungen erheblich verbessern. ●

## Mindestlohn

### Schlechte Arbeit

„Wir wollen faire Löhne und gute Arbeit.“ Mit diesen Worten begründete der Vorsitzende Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundtagsfraktion, Peter Weiß, den Beschluss einer Unionsarbeitsgruppe zum Mindestlohn, der allerdings „Lohnuntergrenze“ heißt. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer stellt denn auch fest: „Die Union tut jetzt so, als ob sie einen Mindestlohn einführt.“ Zwar hätten CDU/CSU erkannt, dass eine Lohnuntergrenze notwendig sei, doch der Vorschlag sei „völlig ungenügend“. Sein Ratschlag an die Politiker: „Die Arbeitsgruppe sollte nachsitzen und ihren Vorschlag noch einmal grundlegend überarbeiten.“ ●

## Aufenthaltsrecht

### Blaues Stückwerk

Die im Kabinett beschlossene Neuregelung zum Aufenthaltsrecht, die vor allem Hochqualifizierte nach Deutschland locken soll, ist für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach eine „undurchdachte Einzelmaßnahme“. Die Absenkung der so genannten Mindestgehaltsgrenze der neuen Blue-Card-Regelung habe schon bei der letzten

Änderung nicht zum Erfolg geführt. Dennoch sei die Bundesregierung hier „auf ganzer Linie den Arbeitgeberverbänden gefolgt“. Problematisch sei die Absenkung zudem, weil nun zwei Gruppen von Hochqualifizierten mit ähnlicher Mindestgehaltsgrenze unterschiedliche Aufenthaltsgenehmigungen erhielten. Das Ziel müsse doch sein, qualifizierten ArbeitnehmerInnen mit Berufs- oder Hochschulbildung und guter Integrationsprognose einen Daueraufenthalt in Deutschland zu ermöglichen. ●

## IGB

### Forderungen an G20

Die internationale Gewerkschaftsbewegung fordert die ArbeitsministerInnen der G20-Staaten auf, in der weltweiten Krise ihre Anstrengungen für gute Arbeit zu erhöhen. Beim G20-Treffen in Mexiko am 17./18. Mai müssten die Schaffung neuer Jobs, aber auch deren Qualität auf der Tagesordnung stehen. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit

müsse bekämpft, die Arbeiterrechte gestärkt werden. Andernfalls würden soziale Spannungen weltweit zunehmen. Nach Ausbruch der Krise hätten die G20 zunächst effektive Maßnahmen ergriffen. Durch die Sparpolitik sei der Schwung jedoch verloren gegangen. So fehle etwa ein Pakt für Jugendbeschäftigung. ● [www.bit.ly/G20\\_Stellungnahme](http://www.bit.ly/G20_Stellungnahme)

### EU will Zusatzrente regulieren

Die betriebliche Altersvorsorge ist für immer mehr Deutsche eine zusätzliche Absicherung. Nachdem die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren eine Reihe tarifvertraglicher Vereinbarungen dazu abgeschlossen haben, drohen nun Einschnitte durch die Europäische Kommission.

Die EU will – so hat sie ihre Ziele formuliert – eine angemessene, nachhaltige, transparente und insolvenz sichere Alterssicherung. Der DGB bewertet diesen Ansatz an sich positiv. Der Haken: Das Projekt „Solvency II“, das bestehende Vorschriften für Versicherungsunternehmen modifizieren will, soll möglicherweise auch auf Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge, insbesondere Pensionskassen, ausgeweitet werden. Dies würde die Einrichtungen dazu zwingen, ihre Eigenkapitalreserven deutlich zu erhöhen.

Für die DGB-Rechtsexpertin Martina Perreng wäre diese Erweiterung nicht nur überflüssig, sondern schädlich. In Deutschland gibt es, so der DGB, mittlerweile in allen Branchen Tarifverträge zur betrieblichen Altersvorsorge. Die deutschen Systeme seien vor allem durch die Haftung des Arbeitgebers sehr gut gesichert, erklärte der DGB gegenüber der EU-Kommission. Deshalb sei eine solche Regulierung vollkommen überflüssig. Nur Schaden und keinen Nutzen sehen die gewerkschaftlichen ExpertInnen deshalb bei der Umsetzung der Regulierungen auf die betriebliche Altersvorsorge zukommen. Für Heribert Karch, Geschäftsführer der MetallRente, wäre es „die Pervertierung des Sicherheitsprinzips der Betriebsrente“. Deutsche Versorgungswerke hätten seit über 100 Jahren Rentenleistungen erbracht ohne Solvency II „und können das auch in Zukunft“, kritisiert der Metaller. Die Chemie-Arbeitgeber bezeichnen es als „Katastrophe“. Ihre Warnung: Viele Unternehmen wären gezwungen, Renten zu kürzen.

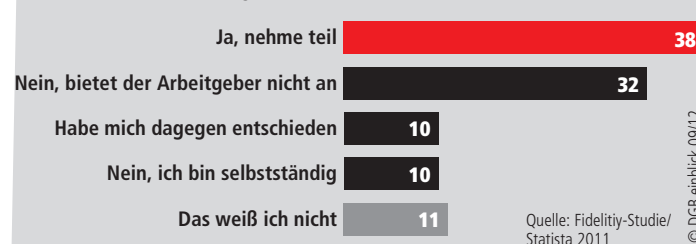
Neben der ersten Säule, der staatlichen Rente, gewinnt die betriebliche Zusatzvorsorge zu-

nehmend an Bedeutung. Im Idealfall können ArbeitnehmerInnen zwischen unterschiedlichen Modellen wählen. Voraussetzung ist allerdings, dass die Beschäftigten aktiv werden. Sie können den Arbeitgeber auffordern, bis zu vier Prozent ihres Einkommens bis zur Beitragsbemessungsgrenze auf einen Vorsorgevertrag umzuleiten.

#### Zusätzlich abgesichert

##### Nehmen Sie an betrieblicher Altersvorsorge teil?

Antworten von Erwerbstätigen zwischen 18 und 55 Jahren (in Prozent)



**Die gleiche Studie zeigt: Gewerkschaftsmitglieder sind besser informiert. Der Anteil unter ihnen mit einer betrieblichen Altersvorsorge liegt bei 46 Prozent.**

Einige Unternehmen bieten Pensionskassen oder -fonds an, gibt es das nicht, muss der Arbeitgeber wenigstens eine Direktversicherung anbieten.

Obwohl die meisten Tarifverträge bereits seit einigen Jahren laufen, ist der Anteil der Beschäftigten, die ihre Rente auf diese Art aufstocken, noch immer verhältnismäßig gering. Nach einer Studie von TNS Infratest im Auftrag der Ergo-Versicherungsgruppe wussten 85 Prozent der Befragten nicht, dass es seit 2002 einen Rechtsanspruch auf eine Entgeltumwandlung gibt. Ein Drittel würde in eine Betriebsrente investieren, wenn sie bei einem Arbeitgeberwechsel weitergeführt werden kann. Offenbar ist ihnen nicht bekannt, dass es diese Regelung bereits gibt. Auf

der Arbeitgeberseite sind es vor allem die kleinen Unternehmen, die weder eine Altersvorsorge anbieten noch planen. 87 Prozent der Unternehmen mit über 500 Beschäftigten bieten eine betriebliche Altersvorsorge. Aber erst 37 Prozent der kleinen und mittleren Betrieben offerieren ein solches Angebot. Hinzu kommt, dass die

Frauen auch in der zweiten Säule der Altersvorsorge schlechter abschneiden. Nach der Studie haben 34 Prozent der Männer, aber nur 25 Prozent der Frauen einen Betriebsrentenanspruch.

Ein weiteres Problem hat die IG Metall ausgemacht. Sie ließ eine Jugendstudie erstellen. Das Ergebnis: Die 17- bis 27-Jährigen überschätzen ihr eigenes Wissen im Hinblick auf die Altersvorsorge. Von einer Bruttoentgeltumwandlung haben nur 12 Prozent von ihnen überhaupt einmal gehört. Die Autoren der Metall-Studie befürchten, wenn nichts geschehe, „werden viele Jugendliche von heute im Alter unter prekären materiellen Bedingungen leben müssen“. Kommt dann noch eine überflüssige Regulierung aus Europa, die eine betriebliche Altersvorsorge für Arbeitgeber unattraktiv macht, wird die Altersabsicherung zusätzlich gefährdet. ●

### Tarifliche Regelungen

Seit 2008 gibt es das Chemie-Versorgungswerk (CVW), in den mittlerweile 1900 Chemiebetriebe in einen Demografiefonds einzahlen. Aktuell sind das pro Beschäftigtem 312,30 Euro im Jahr. Der Betrag steigt entsprechend den tariflichen Entgelterhöhungen. Über die Verwendung der Mittel entscheiden Unternehmen und Betriebsräte gleichberechtigt. Zum CVW gehört der Chemie-Pensionsfonds, den es bereits 2002 als Branchen-Pensionsfonds gab. Aus den CVW-Mittel finanzieren zwei Drittel der Betriebe eine zusätzliche Altersvorsorge.

[www.chemiepensionsfonds.de](http://www.chemiepensionsfonds.de)

Das Versorgungswerk MetallRente gibt es seit 2001 als gemeinsame Einrichtung von IG Metall und Gesamtmetall. Ursprünglich war es ein Konzept für die Metall- und Elektroindustrie. Seit 2007 ist die MetallRente eine GmbH, die auch offen ist für Betriebe, die nicht Mitglied im Arbeitgeberverband sind und für Verbände und Unternehmen, die nicht zur Metall- und Elektroindustrie gehören, wie Stahl, Textil sowie Holz und Kunststoff. Fünf Versicherungsunternehmen sind die Kooperationspartner. Das Versorgungswerk kann weitaus bessere Vertragsbedingungen aushandeln als ein einzelner Versicherungsnehmer.

[www.metallrente.de](http://www.metallrente.de)

## August-Schmidt-Stiftung

### 3200 Waisen unterstützt

Seit 50 Jahren unterstützt die August-Schmidt-Stiftung der IG BCE junge Menschen, deren Eltern durch einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit verstorben sind. Bis zum Jahr 2011 half die Stiftung 3222 jungen Menschen, eine Ausbildung oder ein Studium zu absolvieren. So erhielten beispielsweise 1972 rund 480 Waisen Unterstützung, 2011 waren es 127. Finanziert wird die Stiftung unter anderem durch Spenden von Privatpersonen und Unternehmen.

Insgesamt sind in den vergangenen 50 Jahren über eine Million Euro Spenden zusammengekommen. Anlass für die Gründung der Stiftung war ein schweres Grubenunglück im saarländischen Luisenthal mit insgesamt 299 Toten. Heute haben neben Unfall-Hinterbliebenen auch Kinder und Jugendliche, die einen Elternteil aufgrund einer berufsbedingten Krankheit wie Asbestose verloren haben, die Möglichkeit, gefördert zu werden. •

[www.august-schmidt-stiftung.de](http://www.august-schmidt-stiftung.de)

## WSI-Tarifarchiv

### Ungleiche Vergütung

In Deutschland bestehen erhebliche regionale Unterschiede bei den tariflichen Ausbildungsvergütungen. Das zeigt eine Studie des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung. Demnach variieren die monatlichen Entgelte im dritten Ausbildungsjahr um bis zu 388 Euro. Dabei seien starke West-Ost- und Süd-Nord-Gefälle zu beobachten, erklärt der WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck.

Während die Unterschiede in der Metall-, Chemie- und Elektroindustrie gering ausfallen, gibt es die größten regionalen Differenzen im Hotel- und Gaststättengewerbe (bis zu 270 Euro), im Bauhauptgewerbe (bis zu 277 Euro) und im privaten Transport- und Verkehrsgewerbe (bis zu 388 Euro). Bundesweit einheitliche Vergütungen werden unter anderem bei Banken und Versicherungen, in der Druckindustrie, in der Papierverarbeitung und im öffentlichen Dienst gezahlt. Das WSI-Tarifarchiv hat Tarifverträge in 26 Wirtschaftszweigen ausgewertet. •

[www.bit.ly/WSI-Tarifarchiv](http://www.bit.ly/WSI-Tarifarchiv)



## DGB-Filmpreis

### Publikum entscheidet

Der DGB Niedersachsen–Bremen–Sachsen-Anhalt verleiht am 10. Juni beim Internationalen Filmfest Emden-Norderney den DGB-Filmpreis. Die Auszeichnung ist ein Publikumspreis: Die ZuschauerInnen entscheiden über die PreisträgerInnen. Am 8. Juni werden die Filme in Emden vorgestellt. Nominiert sind RegisseurInnen, die in ihren Filmen gesellschaftlich relevante Themen aufgreifen. Bereits vorab lädt die DGB-Jugend zu einem Filmfestseminar ein, um über sozialkritische Filme und die Arbeitsbedingungen in der Filmbranche zu diskutieren. •

[www.niedersachsen.dgb.de/l-169p](http://www.niedersachsen.dgb.de/l-169p)

## Bündnis

### Zocker zügeln

Die globalisierungskritischen Organisationen WEED, Oxfam und Attac sowie die Welthungerhilfe haben die Politik aufgefordert, Spekulationen auf Nahrungsmittel zu verbieten. Unter dem Motto „Spekulation macht unbezahlbar – Mit Essen zockt man nicht!“ wollen sie gegen Termingeschäfte auf den Finanzmärkten vorgehen. Anlass sind Verhandlungen auf EU-Ebene, an denen auch die Regierungen der Mitgliedstaaten teilnehmen. Besonders in der Kritik steht die schwarz-gelbe Bundesregierung.

Oxfam kritisiert: „Finanzminister Schäuble und Kanzlerin Merkel haben sich – im Gegensatz zu den Franzosen – bis heute nicht dazu bekannt, die Spekulation mit Nahrung zu begrenzen.“ Der Hintergrund: Spekulationen auf Nahrungsmittel treffen vor allem die Ärmsten. Während der spekulativen Hochphasen wird Nahrung für Millionen Menschen unbezahlbar. Die NGG begrüßt die Aktion. Der Zusammenhang sei nicht von der Hand zu weisen, erklärte Franz-Josef Möllenberg. Bis Herbst läuft eine Unterschriften-Aktion, um die Bundesregierung zum Handeln zu bewegen. •

[www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

## interregio

••• Der **DGB Niedersachsen** zieht eine **durchwachsene Bilanz** der schwarz-gelben Regierungspolitik in Hannover. Der DGB kritisiert u.a., dass die Landesregierung die Zunahme der prekären Beschäftigung ignoriere. So fehle zum Beispiel ein wirksames Vergabegesetz. In der Kritik stehen zudem die Haushalts- und die Bildungspolitik. Neun Monate vor der Landtagswahl stellt der DGB-Landesvorsitzende Hartmut Tölle deshalb fest: „Die Politik der Landesregierung ist aus unserer Sicht grundsätzlich verbesserungswür-

dig. Unsere Bilanz ist eine Aufforderung, deutlich gegenzusteuern. Wir verbinden damit aber auch einen Appell an alle Parteien, unsere Inhalte zu berücksichtigen.“

[www.niedersachsen.dgb.de](http://www.niedersachsen.dgb.de)

••• Der **DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg** hat **Klaus Wowereit**, Regierender Bürgermeister von Berlin, **aufgefordert**, die Beamten in der Hauptstadt anständig zu bezahlen. Die DGB-Bezirksvorsitzende Doro Zinke fordert: „Schluss mit der Sanierung des Landeshaushaltes auf Kosten

der Beamten.“ Der Senat plane, den Berliner Beamten dauerhaft weniger zu zahlen als den Beamten im Bund und in anderen Ländern. „Damit der Abstand beim Entgelt nicht weiter steigt, brauchen wir jetzt die gleichen Erhöhungen wie im Bund.“ Der DGB fordert, die Bezüge 2012 und 2013 zusätzlich um einen Mindestbetrag von jeweils 100 Euro zu erhöhen. So könnten die unteren Besoldungsgruppen schneller an die Höhe der Bundesbesoldung herangeführt werden.

[www.berlin-brandenburg.dgb.de](http://www.berlin-brandenburg.dgb.de)

••• Der **DGB-Bezirk Baden-Württemberg** freut sich über den **Entwurf eines Tariftreugesetzes**. Damit gehöre nun auch Baden-Württemberg in die Riege der zehn Länder, in denen Lohndumping bei öffentlichen Aufträgen der Vergangenheit angehöre. Im Gesetz wurde ein Mindestlohn von 8,50 Euro festgeschrieben, der durch eine Günstigkeitsklausel nicht unterschritten werden darf. Das Gesetz ermöglicht „faire Wettbewerbsbedingungen“, lobt der DGB-Landesvorsitzende Nikolaus Landgraf.

[www.bw.dgb.de](http://www.bw.dgb.de)

# GEWERKSCHAFTEN

DGB-Archiv

## Das Gedächtnis der Gewerkschaften

Ob der Nachlass des ersten DGB-Vorsitzenden Hans Böckler oder die Beschlüsse des letzten DGB-Bundeskongresses – im DGB-Archiv in Bonn werden alle Dokumente, Broschüren, Plakate, Korrespondenzen, Sitzungsprotokolle und Texte des Deutschen Gewerkschaftsbundes archiviert. Einblick hat einen Blick hinter die Kulissen geworfen.

Würde man die 50 000 Dokumente, über die DGB-Archivar Klaus Mertsching wacht, aneinander reihen, ergebe dies eine Strecke von gut drei Kilometern. Seit 24 Jahren archiviert er nun alle Sitzungsprotokolle, Plakate und Fotos des DGB. Angefangen hat er im Rahmen eines Projektes, das die Bestände des DGB-Archivs mit dem Mitbestimmungsarchiv der Hans-Böckler-Stiftung vereinen sollte. 1995 wurde das komplette Material in das Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung integriert. Wie viele tausende Protokolle, Fotos, Gesprächsnotizen er seit dem in den Händen gehabt hat, weiß er nicht mehr. Dass er aber fast alle Facetten der Geschichte des Deutschen Gewerkschaftsbundes parat hat, wissen nicht nur Studierende und WissenschaftlerInnen zu schätzen.

„Neben der Unterstützung wissenschaftlicher Anfragen stehe ich vor allem auch dem DGB und den Gewerkschaften zur Seite, wenn es zum Beispiel darum geht, Beschlüsse von vergangenen Kongressen ausfindig zu machen.“ Die Arbeit im Archiv erfordert viel Erfahrung, um das jeweils benötigte Dokument in den Beständen zu finden. „Erfahrung, Bauchgefühl und Beharrlichkeit bei der Recherche führen zum Erfolg“, erklärt Mertsching. Am Herzen liegen ihm vor allem die Nachlässe berühmter Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Angefangen von Hans Böckler über Otto Brenner, Heinz Kluncker, Willi Richter, Thea Hartmuth und Heinz Oskar Vetter bis zu Ernst Breit. „Anhand dieser Dokumente lassen sich ganze Epochen der Gewerkschaftsgeschichte in der Bundesrepublik nachzeich-

nen“, erklärt er. Auch die Geschichte der Einheitsgewerkschaft ist im DGB-Archiv dokumentiert. So finden sich in den Räumen die Vermächtnisse der Christlich-Sozialen in den Gewerkschaften, wie zum Beispiel von Bernhard Tacke



Ein Foto von etwa 100 000 im DGB-Archiv: Auf dem 12. DGB-Bundeskongress 1982 erhält der neu gewählte DGB-Vorsitzende Ernst Breit (links) vom ÖTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker einen Besen überreicht. Breit war mit 97 Prozent der Stimmen gewählt worden.

oder von Maria Weber, die über 25 Jahre im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand gearbeitet hat.

„Kein historisches Projekt, das sich mit der Sozialpolitik in Deutschland befasst, kommt ohne die Quellenbestände des DGB-Archivs aus“, ist sich der 63-Jährige sicher. Eine lange Reihe von Publikationen ist so in Kooperation entstanden, etwa Biografien führender GewerkschafterInnen wie Ludwig Rosenberg, Otto Brenner oder zuletzt der DGB-Vorstandsmitglieder Gerd Muhr und Maria Weber. Auch tausende AutorInnen von Hausarbeiten, Dissertationen, Habilitationen und Festschriften haben auf die Dienste zurückgegriffen.

Aktuell arbeitet Mertsching an zwei weiteren Editionsبänden der „Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert“. Das Ziel: Alle bedeutenden Zeugnisse aus der Ära des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter von 1969 bis 1982 sollen hier dargestellt werden. Auch über die künftige Funktions- und Arbeitsweise des DGB-Archivs macht sich Mertsching Gedanken. Das Zeitalter der Digitalisierung

wird die Nutzung verändern. So wird es für die NutzerInnen einfacher sein als bisher, Dokumente zur Gewerkschaftsgeschichte zu finden. „Wir planen so genannte Findbücher ins Internet zu stellen. Das bedeutet, eine Vorabrecherche kann von überall erfolgen.“ Alle Dokumente zu digitalisieren, hält er allerdings nicht für umsetzbar. Bis zu seinem Ruhestand im kommenden Jahr wird Mertsching deshalb weiterhin allen WissenschaftlerInnen und GeschichtsforscherInnen mit Rat und Wissen zu Seite stehen. ●

Die Medien-Datenbank des DGB-Archivs kann kostenlos genutzt werden unter [www.bit.ly/dgb\\_archiv](http://www.bit.ly/dgb_archiv)

## E-Mails ins Archiv

**HistorikerInnen stehen in Zukunft vor großen Problemen: Die Digitalisierung raubt ihnen die Quellen. Archivierbare Briefkorrespondenz gehört der Vergangenheit an. Besonders in der Arbeitswelt sind E-Mails das Kommunikationsmittel Nummer eins.**



**Das gilt auch für Gewerkschaften. Nicht nur aus diesem Grund geht ver.di deshalb neue Wege, um die gesamte E-Mail-Kommunikation des Bundesvorstandes zu archivieren. Zuständig dafür ist Mike Zuchet von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er erklärt: „Schon heute gibt es aus Sicht der Geschichtswissenschaft digitale schwarze Löcher.“**

**Um diesen Löchern vorzubeugen, archiviert er in regelmäßigen Abständen E-Mails beim ver.di-Bundesvorstand. Dabei geht es ausschließlich um rein dienstliche und gewerkschaftspolitisch wichtige E-Mail-Korrespondenz. Zuchet betont: 70 Prozent aller Kommunikation läuft auch bei ver.di über den digitalen Weg.**

**ver.di führt zudem ein eigenes Archiv, in dem vor allem die Geschichte der Vorläufer-Gewerkschaften dokumentiert wird.**

Die Homepage gibt einen Überblick unter [www.archiv.verdi.de](http://www.archiv.verdi.de)

# GEWERKSCHAFTEN

## kurz & bündig



**Die GdP will mit deutlich lesbaren Warnhinweisen auf Medikamentenpackungen das Unfallrisiko im Straßenverkehr mindern. Dass Schmerz- und Schlafmittel sich negativ auf die Fahrtüchtigkeit auswirken, werde häufig übersehen, so Bernhard Witthaut, GdP-Vorsitzender.**



**Die EVG sagt mit ihrer „Frankfurter Erklärung“ der Überlastung der Bahn-Beschäftigten den Kampf an. Darin fordert sie den Abbau von Überstunden und eine solide Personalplanung. Überstunden müssten die Ausnahme sein.**

## Nazi-Überfall

### Prozess hat begonnen

Drei Jahre nach dem Nazi-Überfall auf den Demonstrationszug des DGB am 1. Mai 2009 in Dortmund stehen nun seit Ende April zwei Rädelsführer vor dem Dortmunder Amtsgericht. Die Staatsanwaltschaft wirft den beiden führenden Kadern der Dortmunder Autonomen Nationalisten Landfriedensbruch und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vor, nicht aber den gezielten und gewalttätigen Überfall auf die DGB-Demo.

Mehrere hundert Autonome Nationalisten überfielen damals zielgerichtet, mit Stöcken bewaffnet und Steine werfend, die GewerkschafterInnen. Die Polizei war auf diesen Angriff nicht vorbereitet. Es gab verletzte TeilnehmerInnen und Polizis-

tenInnen. Bereits an den ersten beiden Verhandlungstagen zeigte sich, dass es drei Jahre nach den Ereignissen vielen Zeugen schwerfällt, Details zu benennen. Das zuständige Gericht begründet den langen Zeitablauf mit „Überlast“. Insgesamt sind sechs Verhandlungstage vorgesehen. • [www.dortmund-hellweg.dgb.de/1690](http://www.dortmund-hellweg.dgb.de/1690)

## Globale Gewerkschaften

### DHL im Visier

Nach der Deutschen Telekom steht nun mit der Deutschen Post DHL ein weiterer deutscher Global Player wegen Missachtung von Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechten im Visier der globalen Gewerkschaften. Anlässlich der Hauptversammlung der Deutschen Post DHL am 9. Mai in Frankfurt/Main haben UNI Global Union und die Internationale Transportarbei-

ter-Föderation (ITF) ein Weißbuch mit dem Titel „Unternehmerische Verantwortungslosigkeit: Globale Arbeitspraktiken bei Deutsche Post DHL aufgedeckt“ vorgelegt. Der Bericht listet vor allem außerhalb von Europa zahlreiche Fälle von Behinderung der Gewerkschaftsarbeit auf und belegt den übermäßigen Einsatz von schlecht entlohnten Leiharbeitskräften.

Aus Sicht der Gewerkschaften stehen die Verletzungen von Arbeitnehmerrechten im krassen Widerspruch zum vom Konzern propagierten Engagement in Sachen Unternehmensverantwortung. Ziel der Gewerkschaften ist es, ein globales Rahmenabkommen abzuschließen, um zu gewährleisten, dass das Unternehmen die Arbeitnehmer-Grundrechte in allen Ländern respektiert. Die Kampagne wird vom IGB unterstützt. • [www.respectatdhl.org](http://www.respectatdhl.org)

Anzeige

Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.

## Unser Verein auf Gegenseitigkeit – besser als jede Bürgerversicherung

Wir sind solidarisch, leistungsstark und bieten auch im Alter bezahlbare Beiträge.



Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Debeka-Hauptverwaltung  
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18  
56058 Koblenz  
Telefon (02 61) 4 98 - 0

[www.debeka.de](http://www.debeka.de)

Debeka

anders als andere

Gesellschaft im Umbruch

## Transformation wohin? Kapitalismus 4.0

Ein grundlegender Umbau des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ist machbar. Davon ist der evangelische Sozialethiker Prof. Dr. Gerhard Wegner überzeugt.

Ein neues politisches Programm macht seit einiger Zeit die Runde: die „große Transformation“. Gezeugt von vielen wurde es 2011 vom „Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ zur Welt gebracht. Gefordert wird ein neuer Gesellschaftsvertrag, um angesichts der ökologischen Bedrohungen einen nachhaltigen Wandel einzuleiten. Das Expertengremium macht deutlich: Weder in sozialer, noch in ökologischer oder ökonomischer Hinsicht ist eine lebenswerte Zukunft durch das zu erreichen, was wir in den letzten Jahren als „Reformen“ erlebt haben. Es braucht dringend eine Gesamtstrategie. Sie wird nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, **eine grundlegende Transformation des die Welt beherrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems** zu erreichen, das sich immer noch am besten mit dem Begriff Kapitalismus erfassen lässt. Es geht um die Indienstnahme und Zivilisierung dieser höchst dynamischen Struktur.

Kann solch ein Vorhaben überhaupt Erfolg haben? Lassen sich die „Monster auf den Finanzmärkten“, wie sie sogar ein deutscher Bundespräsident nannte, in nützliche Haustiere verwandeln? Geht nicht Kapitalismus immer mit zunehmender sozialer Ungleichheit und der hemmungslosen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen einher? Bildet nicht die Legitimation der Gier geradezu seine Kernstruktur? Ob seine Zähmung gelingen kann, scheint gerade heute völlig offen zu sein. Skepsis ist berechtigt. Klar ist aber auch: Der Kapitalismus hat sich in seiner Geschichte nie völlig autonom entwickelt. Die Ausdehnung der Marktbeziehungen und die Verkehrung aller Dinge und Möglichkeiten in Waren stoßen auf den „Selbstschutz der Gesellschaft“ (Karl Polanyi). **Die Menschen wehren sich gegen die Reduzierung ihres Selbst auf die beliebig handelbare Ware Arbeitskraft.** Immer wieder wird die moralische Ökonomie der menschlichen Beziehungen und Gemeinschaftsformen gegen die „Teufelmühlen“ des Kapitalprinzips in Anschlag gebracht. Das Bild eines festgefügt Systems trifft nicht zu; beim näheren Hinsehen werden Änderungspotenziale deutlich. So waren und sind das Ausmaß der Marktfreiheit und der Geltung von Wettbewerb, die Rolle des Staates, der Einfluss

sozialpolitischer Gestaltung, das Maß an sozialer Ungleichheit und vor allem die reale Geltung von Demokratie und Menschenrechten höchst unterschiedlich in den Ländern der Welt verteilt. Das geht so weit, dass ein Land wie Schweden aus Sicht der USA als sozialistisch eingeordnet werden kann.

Dem katholischen Sozialethiker Friedhelm Hengsbach ist zuzustimmen: „Für mich ist der Kapitalismus ein ambivalentes gesellschaftliches Konstrukt. Als ökonomisches Funktionsgerüst – bestehend aus einem funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Wettbewerb, einer elastischen Geldversorgung, einer kapitalintensiven Technik aus vorgeleisteter Arbeit und



**Prof. Dr. Gerhard Wegner ist Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (SI der EKD) und Mitglied des Präsidiums des Diakonischen Werks der Ev.-Luth. Landeskirche Hannover.**

vorwiegend privatautonom organisierten Unternehmen – erzeugt er eine konstruktive Dynamik mit außerordentlicher Produktivität und unermesslichem Wohlstand.“ Worum es mit der großen Transformation gehen muss, ist mithin **die Schaffung eines Kapitalismus 4.0**, der den Neoliberalismus (als dritte Stufe des Kapitalismus nach seiner liberalen und sozialstaatlichen Phase) ablöst. Der Neoliberalismus ist vor allem eine Rechtfertigungsideologie der Finanzmärkte, die heute weltweit dominieren. Effizienz und Dynamik dieses Wirtschaftssystems müssen steuerbar gemacht werden. Grundlegende Veränderungen sind dafür notwendig. Wir brauchen:

- ▶ die konsequente Aufwertung der Rolle des Staates durch die Stärkung der Demokratie,
- ▶ die Indienstnahme der Finanzmärkte: „Banking has to be boring again!“,
- ▶ die Umstellung der Ökonomie in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit,
- ▶ die Schaffung umfassend inklusiver, nachhaltiger und demokratischer Arbeitswelten, um Teilhabe aller zu verwirklichen.

Kleine Schritte reichen nicht – wir brauchen eine klare Orientierung. Höhere Deiche allein retten uns nicht vor einem Tsunami. Der wissenschaftliche Beirat „Globale Umweltveränderungen“ hat zehn Maßnahmenbündel mit „großer strategischer Hebelwirkung“ entwickelt. Sie machen deutlich: **Die „große Transformation“ ist nicht nur notwendig – sie ist vor allem auch machbar.** ●

## Der Kongress

**Nachhaltig handeln, Wirtschaft neu gestalten, Demokratie stärken: Das sind die Ziele eines „Transformationskongresses“, zu dem DGB, Deutscher Naturschutzring, Sozialwissenschaftliches Institut der EKD, „Brot für die Welt“ und das Forschungsinstitut „FEST“ am 8. und 9. Juni nach Berlin einladen.**

**Jenseits des politischen Tagesgeschäfts wollen drei wichtige gesellschaftliche Kräfte – Gewerkschaft, Evangelische Kirche und Umweltbewegung – gemeinsam mit namhaften WissenschaftlerInnen den Diskurs über die Zukunft von Arbeit und Demokratie, die Neuordnung der Wirtschaft, Verteilungsfragen und die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung fortführen.**

**Bereits im Vorfeld des Kongresses hat „Gegenblende“, das Online-Debattenmagazin des DGB, die Debatte um die Kongressthemen eröffnet ([www.gegenblende.de](http://www.gegenblende.de)). In den ersten Beiträgen der aktuellen Ausgabe geht es vor allem um das Thema Wachstum. Es kann online mitdiskutiert werden.**

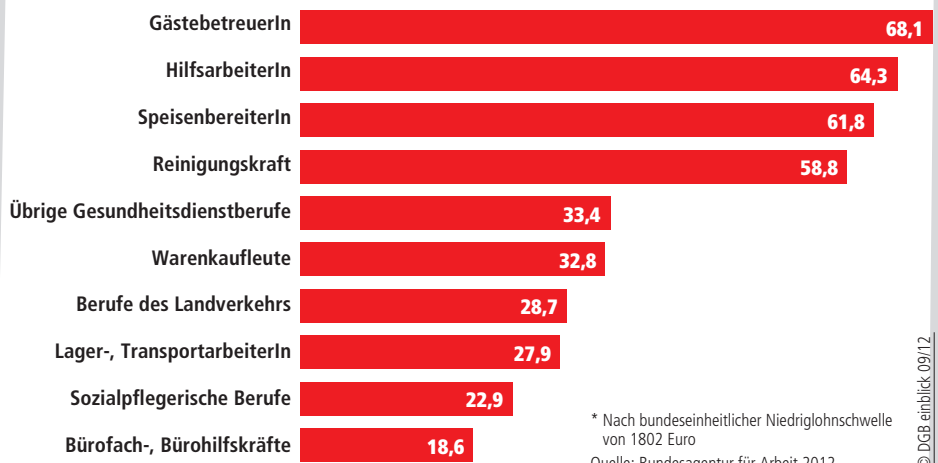
[www.transformationskongress.de](http://www.transformationskongress.de)

**In der nächsten einblick-Ausgabe nimmt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer Stellung zu den Kongressthemen.**

### NIEDRIGLOHNBEZIEHER/INNEN: Vor allem in Dienstleistungsjobs

**Gästebetreuer, HilfsarbeiterInnen und SpeisenerbeiterInnen arbeiten besonders häufig zu Niedriglöhnen. Das zeigen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA). Gleichzeitig müssen Beschäftigte in diesen Bereichen wie auch in der Leiharbeit häufig mit Hartz IV aufstocken. Nach den Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit sind allein 4,6 Millionen Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnbereich tätig. Ihre Entgelte liegen zum Teil deutlich unter der Niedriglohnschwelle von 1802 Euro brutto.**

Anteil von vollzeitbeschäftigten NiedriglohnbezieherInnen\* in verschiedenen Branchen (in Prozent)



\* Nach bundeseinheitlicher Niedriglohnschwelle von 1802 Euro  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2012

© DGB einblick 09/12

### 14 TAGE

mehr Infos: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

- 14.5.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Das neue Thüringer Gleichstellungsgesetz – Ein Streitgespräch“, Erfurt
- 14.5.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Burnout des Sozialen in der Arbeitsgesellschaft. Krankmachende Faktoren in der Arbeitswelt“, Leipzig
- 14.5.** GEW, Fachtagung „Psychische Belastungen am Arbeitsplatz Schule“, Berlin
- 15.5.** Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung
- 15.-20.5.** G8-Gipfel in Chicago/USA

- 17.-20.5.** GEW, Treffen „14. Mai-Meeting der GEW“, Haltern am See
- 19.5.** ver.di Köln, Aktionstag „Wert der Kreativität“, Köln
- 21.-27.5.** DGB-Bildungswerk, Woche der Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund
- 22.5.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Länger arbeiten für weniger Geld? Gewerkschaftspolitische Strategien gegen die drohende Altersarmut“, Erfurt
- 23.5.** Bündnis für Gute Pflege, Podiumsdiskussion „Perspektiven für die Pflege älterer Menschen in Deutschland“, Berlin

#### IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 2420, Internet: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de), E-Mail: [redaktion@einblick.info](mailto:redaktion@einblick.info) **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: [bettina.muettel@berlin.de](mailto:bettina.muettel@berlin.de) **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor. Der gesamten Druckauflage liegt ein Prospekt des Gemeinnützigen Erholungswerk e.V. (GEW) der IG BAU bei.

### Tipp

**TV: Eurovision Song Contest mit IG BCE-Mitglied Roman Lob für Deutschland, ARD, 26.5., 20.15 Uhr**  
„Roman ist auch unser Mann für Baku“, erklärt der IG BCE-Bezirk Neuwied-Wirges. Denn Roman Lob (21), der deutsche Teilnehmer am 57. Eurovision Song Contest, ist Mitglied der IG BCE. Im Finale in Baku, Aserbaidschan, tritt er mit seinem Song „Standing Still“ gegen TeilnehmerInnen aus 26 Ländern an. Der Industrieme-

chaniker ist mit 17 Jahren während seiner Ausbildung der Gewerkschaft beigetreten. Auch sein Vater ist langjähriges Mitglied und war unter anderem als Betriebsrat aktiv. Lob hat sich im Vorentscheid „Unser Star für Baku“ durchgesetzt und will an den Erfolg seiner Vorgängerin Lena Meyer-Landrut anknüpfen.



Foto: Universal Music/Willi Weber

**24.5.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Im Westen nichts Neues? Frankreich nach den Präsidentschafts- und vor den Par-

lamentenwahlen“, Weimar **30.5.-1.6.** IG BCE, „6. Jahrestagung für Schwerbehindertenvertretungen“, Haltern am See

### Schlusspunkt.

**„Die Wirtschaft in Deutschland floriert, die Lage am Arbeitsmarkt ist ausgesprochen gut. Wir wollen und brauchen keine Wachstumsbremse Mindestlohn.“**

So erklärt FDP-Generalsekretär Patrick Döhring laut „Süddeutsche Zeitung“ vom 2. Mai, warum Deutschland keinen Mindestlohn braucht.



### Gesetzliche Krankenversicherung

#### Keine spezielle Badeprothese

Eine Badeprothese mit einem Schaft in Silikonlinertechnik kann grundsätzlich nicht auf Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung verordnet werden.

**Der Fall:** Der bei der beklagten Krankenkasse gesetzlich krankenversicherten Frau wurde 2007 der rechte Unterschenkel amputiert. Sie erhielt durch die Krankenkasse eine Unterschenkelprothese. Im Juli 2008 verordnete der behandelnde Arzt zusätzlich eine Bade- und Schwimm-Unterschenkelprothese. Einen Antrag auf Kostenübernahme lehnte die Krankenkasse zunächst ganz ab, da es sich nicht um eine Kassenleistung handele. Im Widerspruchsverfahren stellten die Orthopädiemeister und Ärzte des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung wegen einer zusätzlichen Einschränkung der Greiffähigkeit der linken Hand einen grundsätzlichen Bedarf für eine Bade- und Schwimmprothese fest. Danach bewilligte die Kasse eine solche in herkömmlicher Bauweise mit Weichwandschaft. Die Frau wollte aber eine Badeprothese mit Silikonlinertechnik, da dies auch der Ausstattung bei der anderen Prothese entspreche. Mit ihrer Klage hatte sie keinen Erfolg.

**Das Landessozialgericht:** Die teurere Badeprothese bietet insgesamt nur geringe Gebrauchsvorteile, zum Beispiel bei längeren Strandurlauben oder längerem Stehen im Wasser, die eine Kostentragung durch die gesetzliche Krankenversicherung nicht rechtfertigen. Zu erbringen ist nur eine ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche Hilfsmittelversorgung. Die Frau kann allerdings im Rahmen ihres Wunsch- und Wahlrechts auch die teurere Prothese anschaffen, wenn sie die Mehrkosten trägt.

**Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,  
Urteil vom 2. Februar 2012 - L 5 KR 75/10**

### Kündigung

#### Kein Grund bei Fremdvergabe

Die Kündigung einer Reinigungskraft kann trotz Fremdvergabe der Reinigungsarbeiten unwirksam sein.

**Der Fall:** Das Unternehmen hatte Umstrukturierungsmaßnahmen vorgenommen und dabei unter anderem die unternehmerische Entscheidung getroffen, die Reinigungsarbeiten nicht mehr durch eigene Kräfte durchzuführen, sondern diese per Fremdvergabe auszulagern. Gegenüber den Reinigungskräften, die tarifvertraglich ordentlich nicht mehr kündbar waren, wurde daraufhin eine außerordentliche Kündigung ausgesprochen. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

**Das Landesarbeitsgericht:** Der Arbeitgeber war nicht berechtigt, das Arbeitsverhältnis der Reinigungskraft durch außerordentliche Kündigung zu beenden. Er kann sich – ebenso wie bei anderen Verträgen – nicht ohne Weiteres von seiner Vertragsbindung gegenüber dem Arbeitnehmer lossagen, sondern muss die ordentliche Unkündbarkeit der Reinigungskraft bereits bei der Erstellung seines unternehmerischen Konzepts in Rechnung stellen. Umstände, dass die Auslagerung der Reinigungsarbeiten auf Dritte unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten unumgänglich gewesen sei, hat der Arbeitgeber nicht vorgetragen.

**Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg  
Urteil vom 7. Februar 2012 - 7 Sa 2164/11**

### Druckkündigung

#### Entschärfung der Lage geht vor

Eine Kündigung ist nicht wirksam, nur weil Arbeitskollegen ihrerseits mit Eigenkündigung drohen. Bevor der Arbeitgeber dem Druck von Arbeitskollegen nachgibt und eine Kündigung ausspricht, muss er konkrete Maßnahmen ergriffen haben, um die Drucksituation zu beseitigen.

**Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein,  
Urteil vom 20. März 2012 - 2 Sa 331/11**

### Feuerwehr

#### Bereitschaftsdienst auch in den Pausen

Feuerwehrlaute müssen sich auch während ihrer Ruhepausen in der Feuerwache für Noteinsätze bereithalten. Zwar bestimmen die Arbeitszeitregelungen, dass die Arbeit spätestens nach sechs Stunden durch eine Pause zu unterbrechen ist. In dieser Zeit muss der Beamte weder Dienst leisten noch sich dafür bereithalten. Jedoch finden die Arbeitszeitschriften auf Berufsfeuerwehren keine Anwendung.

Denn dort ist es u.a. wegen der unterschiedlichen Spezialisierung der meisten Beamten objektiv unmöglich, in Pausen ohne Bereitschaftsdienst die erforderliche Vertretung und damit die Einsatzbereitschaft sicherzustellen.

**Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,  
Urteil vom 23. März 2012 - 2 A 11355/11.OVG, 2 A 11356/11.O**

### Schwerbehindertenvertretung

#### Kein weltlicher Richter in der Kirche

Bei Rechtsstreitigkeiten der Schwerbehindertenvertretung eines kirchlichen Krankenhauses sind die weltlichen Arbeitsgerichte nicht zuständig.

**Landesarbeitsgericht München,  
Beschluss vom 11. April 2012 - 11 TaBV 18/12**

### Beamtenrecht

#### Urlaubsabgeltung bei Krankheit

Bei Eintritt in den Ruhestand hat ein Beamter Anspruch auf eine finanzielle Vergütung, wenn er seinen Anspruch auf bezahlten Mindestjahresurlaub von vier Wochen aus Krankheitsgründen ganz oder zum Teil nicht ausüben konnte. Für etwaige Ansprüche auf zusätzlichen bezahlten Urlaub kann jedoch die nationale Regelung die Zahlung einer finanziellen Vergütung ausschließen.

**Europäischer Gerichtshof,  
Urteil vom 3. Mai 2012 - C-337/10**

### Arbeitszeit

#### Auch während der Kinderbetreuung

Wenn eine teilzeitbeschäftigte pädagogische Mitarbeiterin eine Schulklasse auf Klassenfahrt begleitet, sind die vom Wecken der Kinder bis zum Beginn der Nachtruhe anfallenden pädagogischen und pflegerischen Tätigkeiten abzüglich der gesetzlichen Pausenzeiten insgesamt als Arbeitszeit zu werten.

**Landesarbeitsgericht Niedersachsen,  
Urteil vom 10. Februar 2012 - 12 Sa 597/11**